

Ländliche Räume brauchen eine starke Stimme

Die Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), Petra Bentkämper, über fehlende Klarheit in Regierung und Koalition, Frauen als Dreh- und Angelpunkte in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie ihre Erwartungen an einen Politikwechsel

Frau Präsidentin Bentkämper, welche Erwartungen haben Sie an einen Politikwechsel im Bund?

Ich erwarte, dass man in der Bundesregierung und in der Koalition vertrauensvoll und verlässlich miteinander umgeht und auf dieser Grundlage Politik macht. Nur dann können die Menschen auch wieder Vertrauen in Politik fassen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nach den Erfahrungen der Ampel jedoch nicht mehr. Beim Aushandeln des Koalitionsvertrages wurde das schon mal beherzigt. Ein guter Anfang!

Wie man Politik macht ist das eine, was man für eine Politik macht das andere. Was bedeutet ein Politikwechsel für ländliche Räume?

Mehr Sichtbarkeit in der Regierungsarbeit und eine größere Aufmerksamkeit für die zu lösenden Probleme.

Zumindest im Koalitionsvertrag ist das aber noch nicht zu erkennen ...

Da stimme ich Ihnen zu. Der Abschnitt „Ländliche Regionen“ umfasst nicht mal eine halbe Seite und enthält neben einer Situationsbeschreibung vor allem Allgemeinplätze. Ich finde das enttäuschend.

Sie haben beim diesjährigen Zukunftsforum Ländliche Entwicklung im Rahmen der Grünen Woche zwei Forderungen gestellt: Ländliche Räume müssten in allen Ministerien mitgedacht werden. Und das Bundeslandwirtschaftsministerium müsse die Federführung bekommen. Haben Sie Anzeichen, dass Ihre Anliegen berücksichtigt werden sollen?

Ich hätte begrüßt, wenn die ländlichen Räume explizit in die Ministeriumsbezeichnung aufgenommen worden wären. Das wäre ein Signal gewesen, dass man es ernst meint mit diesem Thema.

Steht dafür nicht die „Heimat“ im Namen des Ministeriums?

Der Begriff „Heimat“ ist schwer zu fassen und zu erklären. Für die einen ist es ein Ort, für die anderen ein Gefühl. Daher bin ich gespannt, welche Arbeitsschwerpunkte nach den organisatorischen Änderungen im Ministerium benannt werden. Da scheint noch vieles in der Schwebe zu sein.

Was schlagen Sie vor, wie „Heimat“ politisch umgesetzt werden sollte?

Jedenfalls nicht, indem Heimat mit einer „ländlichen Idylle“ gleichgesetzt wird, der zwar viele Menschen vor allem in der

Stadt noch nachhängen, die es jedoch längst nicht mehr gibt. Stattdessen müssen wir ländliche Regionen als Lebens- und Wirtschaftsräume annehmen, mit konkreten Interessen und Erwartungen. Wenn das so verstanden wird im Ministerium, man sich Gedanken macht, wie wir gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land und zwischen den ländlichen Räumen näherkommen, und obendrein die Vielfalt von Lebensbedingungen und -entwürfen anerkennt, kann was draus werden. Wichtig finde ich auch, dass die Gemeinschaft, das Zusammenleben und die Stärkung des demokratischen Miteinanders im Fokus stehen. Dann haben wir eine gute Basis. Im Moment sehe ich allerdings noch einige Fragezeichen.

Gilt das auch für die von Ihnen angemahnte bessere Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, wenn es um ländliche Räume geht?

Eine bessere Abstimmung zwischen den Ressorts ist notwendig und möglich. Ich kann aber nicht erkennen, ob und wenn ja, wie man das organisieren will. Wir haben gute Erfahrungen gemacht mit dem Bundesfamilienministerium im Hinblick auf die besonderen Herausforderungen für Frauen in den ländlichen Räumen. Ich befürchte allerdings, wir werden auch in Zukunft sehr beharrlich sein müssen, wenn wir Anliegen der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe vorbringen.

Interessierte Abgeordnete der Koalition haben einen Gesprächskreis „Ländlicher Raum“ ins Leben gerufen. Wie bewerten Sie dieses neue Gremium?

Ich begrüße die Initiative. Mein Eindruck ist, dass auch unter den Abgeordneten aus ländlichen Wahlkreisen die Gefahr gesehen wird, dass den ländlichen Räumen ein wenig die Felle davonschwimmen, wenn nicht gegengesteuert wird.

Was erwarten Sie von dem Gremium?

Ich erwarte, dass sie mich ebenso wie andere Interessenvertreter ländlicher Räume einladen und sich anhören, was diejenigen zu sagen haben, die sich seit vielen Jahren mit diesen Fragen befassen. Wenn man politisch etwas voranbringen will, wäre das schon mal ein guter Anfang.

Sie scheinen noch nicht überzeugt zu sein von einem Neustart in der ländlichen Entwicklungspolitik. Sind Sie es wenigstens vom neuen Minister?

Ich habe mit Freude gelesen, dass Alois Rainer seit vielen Jahren kommunalpolitisch aktiv ist. Er ist damit nah dran an den Problemen und weiß, was zu tun ist. Das ist schon mal ein guter Ansatz. Ich gehe die Zusammenarbeit positiv an.



Foto: Lucas Adrian

Petra Bentkämper steht seit 2019 an der Spitze des Deutschen LandFrauenverbandes. Seit Anfang der neunziger Jahre bewirtschaftet die gelernte Industriekauffrau gemeinsam mit ihrem Ehemann einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Milchviehhaltung in Bielefeld. Die Mutter von vier Kindern war Mitglied in der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und gehört dem Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung des Bundeslandwirtschaftsministeriums an.

Sie kennen sich?

Wir haben uns kürzlich in Berlin kennengelernt und kurz miteinander gesprochen. Ich freue mich auf den weiteren Austausch.

Wie ist Ihr Draht zu den beiden Parlamentarischen Staatssekretärinnen?

Mit beiden habe ich in ihren neuen Funktionen schon sprechen können. Unsere frauenpolitischen Anliegen sehe ich bei ihnen in guten Händen. Mit Silvia Breher haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode gut zusammengearbeitet, als sie familienpolitische Sprecherin ihrer Fraktion war. Martina Engelhardt-Kopf ist viele Jahre kommunalpolitisch aktiv und Landfrau. Besser gehts kaum. Sie weiß, wofür wir stehen.

Bereits in seiner ersten Bundestagsrede in neuer Funktion hat Rainer bemängelt, es gebe zu wenig Hofnachfolgerinnen, und angekündigt, er wolle die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft stärken. Für Sie ein wichtiges Signal?

Ja! Er bezieht sich auf die von uns initiierte Studie zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Landwirtschaft, die es auch in den Koalitionsvertrag geschafft hat. Frauen sind auf vielen Betrieben der Dreh- und Angelpunkt. Das hat Minister Rainer in seiner Rede ausdrücklich anerkannt, und das ist gut so. Wir werden in unseren Gesprächen mit ihm darauf zurückkommen.

Was muss nach Ihrer Auffassung daraus folgen?

Zunächst muss es darum gehen, dass die Bedeutung der Frauen auf den Höfen sichtbar wird, nicht zuletzt in der Agrarstatistik. Darauf aufbauend gilt es, die Situation der Frauen zu verbessern, wo es geboten ist. Das reicht von der Agrarsozialpolitik bis zur Junglandwirteförderung. Unsere Forderungen liegen dem Ministerium vor. Es geht darum, die Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft zu erreichen.

Wie?

Beispielsweise indem wir diese Fragen immer wieder thematisieren und in die Öffentlichkeit tragen. Gelungen ist uns das beim neuen Gleichstellungsbericht. Der enthält ein Kapitel „Landwirtschaft“, in das unsere Forderungen Eingang gefunden haben. Konkret geht es uns darum, Hofübernahmen und Existenzgründungen von Frauen zu fördern. In der Agrarstatistik muss es gleichstellungsrelevante Daten geben. Der Anteil von Frauen in agrarpolitischen Entscheidungsgremien sollte erhöht werden. Dies sind einige der Forderungen, die es in den Gleichstellungsbericht, der sicher auch für andere Verbände interessant ist, geschafft haben. Darüber sind wir sehr froh.

Wie sollte der Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien etwa der berufsständischen Interessenvertretung erhöht werden?

Meine Position ist bekannt, ohne Quoten werden wir das nicht in dem gewünschten Tempo und dem notwendigen Ausmaß

schaffen. Im Gegenteil, wir nehmen gegenwärtig wahr, dass es auf vielen Ebenen in der Gesellschaft schwerer wird für Frauen. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Wie ist die Arbeitsteilung zwischen dem LandFrauenverband und dem Bauernverband beim Thema „Frauen in der Landwirtschaft“?

Es gibt Schnittmengen, insbesondere wenn es darum geht, Unternehmerinnen in der Landwirtschaft zu stärken, ein Thema, dem sich der DBV ebenfalls annimmt. Wir haben einen breiteren Fokus und nehmen das gesamte Lebensumfeld von Frauen in ländlichen Räumen in den Blick. Wir treten ein für eine gute Infrastruktur, damit auch Frauen auf den Höfen Familie und Beruf und möglichst auch noch Ehrenamt miteinander verbinden können. Aktuell beschäftigen wir uns intensiv damit, das Jahr der Frauen in der Landwirtschaft vorzubereiten, das die Vereinten Nationen für 2026 ausgerufen haben. Wir sehen darin eine große Chance, auch in Deutschland größere Aufmerksamkeit zu erreichen für den hohen Stellenwert, den Frauen in der Ernährungssicherung haben.

Politik für Frauen in ländlichen Räumen braucht Förderung. Wer finanziert die?

Eine Aufgabe, die wir als wichtig erachten, ist es, Frauen in der Politik zu fördern. Es gibt nach wie vor viel zu wenig Frauen in der Kommunalpolitik. Der Anteil der Bürgermeisterinnen in ländlichen Kommunen liegt bei rund einem Zehntel. Nur wenn sich das ändert, werden Anliegen von Frauen ein größeres Gewicht bekommen. In unseren Projekten, die vom Bundesfamilienministerium gefördert werden, haben wir eine Reihe von strukturellen Hindernissen identifiziert, die beseitigt werden müssen. Das fängt damit an, dass die Sitzungszeiten eingehalten und Entscheidungen nicht beim Stammtisch am Abend getroffen werden. Wir tun das mit einem Mentorinnenprogramm, mit dem wir Frauen unterstützen, die sich politisch engagieren wollen.

Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur ist das zentrale Förderinstrument für ländliche Räume. Immer wieder gab es Diskussionen, die GAK zu öffnen, um breiter ländliche Entwicklungspolitik zu unterstützen. Ist das für Sie ein Thema?

Ich sehe sehr wohl Bedarf, die Gemeinschaftsaufgabe künftig mehr als bisher für die Stärkung ländlicher Räume einzusetzen. Allerdings müssen erweiterte Aufgaben mit zusätzlichen Mitteln einhergehen.

Was muss sich ändern, um die ländliche Entwicklungspolitik effektiver zu machen?

Im Mittelpunkt steht für mich die Notwendigkeit, stärker bedarfsgerecht zu fördern und sich mehr als in der Vergangenheit auf Regionen zu konzentrieren, die es am nötigsten haben. Keinesfalls aber darf es Gebiete geben, die sich selbst überlassen werden. Das ist unser Ansatz. Wir stehen aber erst am Anfang

unserer Überlegungen. Wie man das im Rahmen der komplexen Bund-Länder-Förderung umsetzen könnte – darüber werden wir uns Gedanken machen.

Das Sondervermögen Infrastruktur weckt viele Begehrlichkeiten. Wie kann dafür Sorge getragen werden, dass ein angemessener Teil vom Kuchen in die ländlichen Räume fließt?

Über die Hälfte der Menschen lebt in ländlichen Räumen, die wiederum 91 % der Fläche Deutschlands ausmachen. Allein das gebietet es, die Infrastrukturmittel entsprechend zu verteilen. Mindestens ebenso wichtig ist es aus meiner Überzeugung, Mittel nicht nur für Straßen und Schienen einzusetzen, sondern auch in Demokratie zu investieren. Dazu zählen beispielsweise Gemeinschaftsorte, in denen Menschen sich begegnen, sich austauschen und streiten können. Das wird immer wichtiger und sollte staatlich gefördert werden.

Nicht nur mit Blick auf das Sondervermögen – sollten die Interessenverbände im ländlichen Raum enger kooperieren, um gemeinsamen Anliegen mehr Nachdruck zu verleihen?

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an. Ich sehe da dringenden Handlungsbedarf. Das Aktionsbündnis Ländlicher Raum bestehend aus Agrarsozialer Gesellschaft, dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, dem Deutschen Landkreistag und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, könnte die Grundlage bieten. Wir wären dabei.

Sie sind Mitglied im Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung. Welche Aufgaben hat der?

Der Rat ist sehr vielfältig aufgestellt. Vertreten sind ganz unterschiedliche Akteure aus ländlichen Räumen, von Landräten und Bürgermeisterinnen über Interessenvertreter bis Wissenschaftlerinnen. Jeder bringt seine Expertise ein. Entsprechend umfangreich gestaltet sich hin und wieder die gemeinsame Positionierung.

Die letzten Stellungnahmen waren etwas kleinteilig und haben nicht den vielleicht erhofften Widerhall gefunden. Liegt das an der Vielfalt?

Der Berufszeitraum des SRLE endet im Juni. Die neuen Mitglieder werden sich sicherlich auch mit der Frage der politischen Wirkung nach außen beschäftigen.

Was lässt Sie hoffen, dass die nächsten knapp vier Jahre für ländliche Räume gut werden?

Viele derjenigen, die politische Verantwortung tragen, kommen vom Land und kennen die Situation. Sie müssen nur noch die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Und: Zum ersten Mal seit zehn Jahren ziehen wieder mehr Menschen aus den Städten in ländliche Regionen als umgekehrt. Das macht zuversichtlich.

Vielen Dank für das Gespräch. ■ Rainer Münch